

Politische Lösung für Rentenwert Ost eingefordert

11. Juni 2009, © Sozialticker - Beachten Sie den Haftungsausschluss

Die Angleichung des Rentenwerts Ost ist nicht nur legitim, sondern auch sozialpolitisch dringend geboten", sagte der Vizepräsident des Sozial- und Wohlfahrtsverbandes Volkssolidarität Dr. Hartmut Hoffmann am Dienstag auf dem 9. Deutschen Seniorentag in Leipzig. "Für uns hat diese Frage Priorität, weil sie alle Rentnerinnen und Rentner sowie alle Erwerbstätigen in den neuen Ländern betrifft." Die Forderung nach einer Angleichung der Lebensverhältnisse Ost an West, insbesondere bei Löhnen und Renten, sei nicht nur durch das Grundgesetz ausreichend legitimiert. Sie verdiene auch aus Gerechtigkeitsgründen Unterstützung.

Hoffmann sagte weiter: "Trotz einer großartigen Aufbauleistung erleben wir nach nun bald 20 Jahren deutscher Einheit eine tiefe soziale Spaltung unseres Landes zwischen arm und reich - wie im jüngst vom PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverband veröffentlichten Armutsatlas sichtbar. Diese soziale Spaltung ist auch dadurch gekennzeichnet, dass Armut - neben einzelnen Regionen in den alten Ländern - nahezu durchgängig in den neuen Ländern auf einem hohen Niveau zu verzeichnen ist." Der Verbandspräsident verwies auf die überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern, die ebenfalls überdurchschnittlich verbreiteten Niedriglöhne im Osten sowie die hier deutlich stärker ausgeprägte prekäre Beschäftigung. Das wirke sich negativ auf die Lebensverhältnisse der Ostdeutschen aus und schlage sich auch negativ in der Alterssicherung nieder, die in den neuen Ländern zu über 90 Prozent allein durch die gesetzliche Rente abgesichert werde. Hinzu kämen die Renten reformen der vergangenen Jahre in Ost wie West mit dem Ziel, das Leistungsniveau bei der gesetzlichen Rente abzusenken.

"Es geht letztlich darum, die Verantwortung aus dem Einigungsvertrag endlich wahrzunehmen", betonte Hoffmann. "Dort wurde 1990 vereinbart, mit der Angleichung der Löhne und Gehälter in den neuen Ländern an die der übrigen Länder 'auch eine Angleichung der Renten zu verwirklichen'". Es stelle sich die Frage, wie lange der Rückstand beim Rentenwert Ost mit dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes zu vereinbaren ist. "Es geht hier um eine Benachteiligung, die vielleicht für eine Übergangsperiode hinnehmbar war, jedoch mit dem Ablauf der Zeit nach bald 20 Jahren nicht zu akzeptieren ist", so Hoffmann. Er forderte: "Die Politik muss sich dieser Frage stellen und eine gerechte Lösung auf den Tisch legen. Wir wollen, dass eine akzeptable Lösung für die Angleichung des Rentenwerts Ost auf den Weg gebracht wird und dass Verbände, Vereine und Bündnisse/Netzwerke, die die Interessen heutiger und künftiger Rentner vertreten, einbezogen werden."

Die Volkssolidarität unterstütze den bereits 2006 unterbreiteten ver.di-Vorschlag von steuerfinanzierten Zuschlägen im Stufenmodell. Hoffmann betonte: "Es darf keine Lösung zu Lasten der Versicherten und Rentner in den alten Ländern geben. Durch die Steuerfinanzierung muss gesichert werden, dass für sie im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung keine höheren Belastungen entstehen." Zudem müssten sowohl die Interessen der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner als auch der Arbeitnehmer - d. h. der künftigen Rentner - angemessen berücksichtigt und vernünftig ausgeglichen werden. "Dazu gehört, die Hochwertung der Verdienste als Nachteilsausgleich für die erwerbstätigen Versicherten im Osten dem Grunde nach solange beizubehalten, wie die Verdienste der abhängig Beschäftigten deutlich unterhalb des Niveaus in den alten Ländern liegen"; betonte der Verbandspräsident. Daran ändere auch nichts, dass es im Osten einige Gutverdiener gibt, die durch die Hochwertung privilegiert werden. Die Volkssolidarität fordere "eine menschliche Lösung - auch vor dem Hintergrund künftiger sozialer und demografischer Entwicklungen".

Quelle: Presse Volkssolidarität

Dieser Ausdruck ist Bestandteil der Internetinformationen von "Der Sozialticker e.V." auf:
<http://www.sozialticker.com>

URL für diesen Ausdruck: http://www.sozialticker.com/politische-loesung-fuer-rentenwert-ost-eingefordert_20090611.html

[Druck starten](#) | [Zurück zum Beitrag](#) | [Startseite](#)